

Von: programm@fdp.de [mailto:programm@fdp.de]
Gesendet: Samstag, 5. August 2017 12:40
An: markus.pillock@ztg-deutschland.de
Betreff: Ihre Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2017



Sehr geehrter Herr Pillock,

haben Sie vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Wahlprüfsteine anlässlich der Bundestagswahl 2017, deren Eingang wir bereits bestätigt hatten.

Wir freuen uns sehr über Ihr Interesse an den Positionen der Freien Demokraten und nehmen zu Ihren Fragen beziehungsweise Forderungen gerne Stellung.

Im Folgenden übermittle ich Ihnen im Namen der Freien Demokraten unsere Antworten:

1. Mittelstand. 1.1. Arbeitsmarkt. Welche arbeitsmarktpolitischen Vorhaben planen Sie für die nächste Legislaturperiode des Deutschen Bundestages?

Statt viele Einzelmaßnahmen aufzuzählen, möchten wir uns auf das Ziel konzentrieren, dem alle Maßnahmen dienen sollen: Wir Freie Demokraten verteidigen einen flexiblen Arbeitsmarkt und die Tarifautonomie. Denn Flexibilität am Arbeitsmarkt schafft nicht nur Möglichkeiten zum Einstieg, sondern reduziert auch Arbeitsplatzverluste in Krisen.

Mindestlohn. Planen Sie die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns? [] JA [X] NEIN Wenn ja, wie hoch soll der Mindestlohn Ihrer Auffassung nach sein?

Wir Freie Demokraten wollen nicht, dass die Höhe Mindestlohn politisch instrumentalisiert wird, sondern sich nach dem Bedarf richtet. Deshalb werden mögliche Erhöhungen des Mindestlohns durch die unabhängige Mindestlohn-Kommission empfohlen. Die Einrichtung der Kommission sollte gerade verhindern, dass die Höhe des Mindestlohnes politisch instrumentalisiert wird.

Planen Sie eine Änderung der Dokumentationspflichten, wie sie heute aus dem Mindestlohn ergeben? [X] JA [] NEIN

Wir Freie Demokraten fordern eine Vereinfachung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn. Zum 1. Januar 2015 wurde in Deutschland der flächendeckende

Mindestlohn eingeführt. Die Gesetzgebung bürdet den Arbeitgebern dabei bürokratische Lasten auf, die in vielen Bereichen noch weit schwerer wiegen als die zusätzlichen Lohnkosten. Die Dokumentationspflichten führen besonders bei kleinen und mittelständischen Unternehmen zu einem Papierkrieg. Der damit verbundene Kontrollzwang verhindert eine flexible Gestaltung des Arbeitsalltags.

Sollen Vereinfachungen der Mindestlohndokumentationspflichten beispielsweise für Arbeitgeber bis zu einer bestimmten Betriebsgröße eingeführt werden? Werden bei den Mindestlohndokumentationspflichten weitere Ausnahmen für bestimmte Personengruppen eingeführt? Planen Sie sonstige Änderungen im Bereich der Mindestlohndokumentationspflichten?

Wir Freie Demokraten fordern eine Vereinfachung der Dokumentationspflichten beim Mindestlohn. Die Dokumentationspflichten führen besonders bei kleinen und mittelständischen Unternehmen zu einem Papierkrieg und hohen Kosten.

Teilzeit und Befristung. Halten Sie Änderungen im Befristungsrecht, insbesondere bei der Möglichkeit Befristungen ohne einen konkreten Sachgrund vorzunehmen, für erforderlich? [] JA [X] NEIN Wenn ja, wie sollen die Änderungen konkret ausgestaltet werden?

Wir Freie Demokraten verteidigen einen flexiblen Arbeitsmarkt und die Tarifautonomie. Flexibilität am Arbeitsmarkt schafft nicht nur Möglichkeiten zum Einstieg, sondern reduziert auch Arbeitsplatzverluste in Krisen und hat wesentlich dazu beigetragen, die Arbeitslosigkeit zu senken. Wir wollen Instrumente wie etwa die Zeitarbeit und Befristungen deshalb erhalten und, wo es sinnvoll ist, weiterentwickeln.

Welche Änderungen halten Sie im Bereich der Teilzeitbeschäftigung für notwendig?

Selbstbestimmt zu leben, bedeutet auch selbstbestimmt zu arbeiten. Viele Unternehmen und viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind hier längst weiter als der Staat. Wir Freie Demokraten treten zum Beispiel für flexible Arbeitszeitmodelle und Langzeitkonten ein. Zwingend notwendige Änderungen im Bereich der Teilzeitbeschäftigung sehen wir aktuell nicht.

Wollen Sie ein Recht zur Rückkehr in eine Vollzeitbeschäftigung einführen? [] JA [X] NEIN Wenn ja, unter welchen Bedingungen, vor allen Dingen ab welcher Betriebsgröße soll dieses neue Recht gelten?

Für uns Freie Demokraten ist es die Aufgabe von Arbeitgebern und Gewerkschaften den Arbeitsalltag zu regeln. Ein gesetzliches Rückkehrrecht von Teil- in Vollzeit hat immer zwei Seiten: Für die einen bedeutet sie mehr Planungssicherheit, für die Ersatzarbeitskraft hingegen erhöht sie die Unsicherheit. Befristete Beschäftigungen würden dadurch zwangsläufig steigen. Deshalb muss der Ausbau von Betreuungsmöglichkeiten bei der Förderung der Vollzeiterwerbstätigkeit Vorrang haben.

Soll ein mehrfacher Wechsel des Umfangs der Arbeitszeit durch den Arbeitnehmer beansprucht werden können? [] JA [X] NEIN Wenn ja, in welchem zeitlichen Abstand soll ein solcher Wechsel möglich sein?

Wir Freie Demokraten wollen mehr Flexibilität bei der Regulierung von Arbeitszeitmodellen. Deshalb wollen wir das Arbeitszeitgesetz flexibilisieren, indem die bisherige Grenze der täglichen Höchstarbeitszeit von acht beziehungsweise zehn Stunden aufgehoben wird. Stattdessen soll nur die wöchentliche Höchstarbeitszeit von 48 Stunden festgeschrieben sein, so wie es auch die Europäische Arbeitszeitrichtlinie vorsieht. Auch die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer muss gewahrt bleiben. Die Politik darf nicht mit immer mehr einschränkenden Vorgaben in die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und -nehmer eingreifen.

Geringfügige Beschäftigung. Planen Sie eine Anhebung der heute für die Vergütung von geringfügig Beschäftigten geltenden Höchstbeträge? [X] JA [] NEIN Wenn ja, in welchem Umfang?

Wir Freie Demokraten wollen Mini-Jobs erhalten und verbessern. Mini-Jobs sind Teil des erfolgreichen deutschen Arbeitsmarkts, sie bieten Menschen aller Altersgruppen in unterschiedlichsten Lebenssituationen eine Möglichkeit, unkompliziert etwas dazu zu verdienen. Minijobs tragen außerdem dazu bei, Schwarzarbeit zu bekämpfen gerade in Privathaushalten. Diese Erfolgsbilanz zeigt, dass Minijobs gewollt und gebraucht werden. Um Mini-Jobs auf Dauer attraktiv zu halten, setzen wir Freie Demokraten uns dafür ein, dass die Mini-Job-Grenze (heute 450 Euro) auf das 60-fache des gesetzlichen Mindeststundenlohns (das wären heute 530,40 Euro) festgesetzt wird und sich mit ihm dynamisch entwickelt. Die Midi-Jobs sind entsprechend anzupassen.

Soll eine größere Flexibilisierung für den zeitlichen Einsatz von geringfügig Beschäftigten ermöglicht werden, beispielsweise für Fälle der Urlaubsvertretung, Krankheitsvertretung oder ähnlichem?

Wir Freie Demokraten fordern mehr Flexibilität bei der Regulierung von Arbeitszeitmodellen. Die Politik darf nicht mit immer mehr einschränkenden Vorgaben in die Vertragsfreiheit zwischen Arbeitgeber und -nehmer eingreifen. Auch alte Regulierungen der Industriegesellschaft passen nicht mehr in die neue Wirklichkeit und müssen auf ihre Tauglichkeit hin überprüft werden. Für eine zukunftssichere Arbeitswelt müssen diese Verordnungen im Gestern verbleiben.

Können Sie sich beispielsweise ein Jahresarbeitskonto für geringfügig Beschäftigte vorstellen?

Wir Freie Demokraten wollen Langzeitkonten für Arbeitszeit fördern, um mehr Souveränität in der beruflichen Lebensgestaltung zu ermöglichen. Sowohl die Arbeitswelt als auch unsere privaten Lebensentwürfe haben sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten gewandelt. Damit jeder seinen individuellen Lebensweg beschreiten kann, brauchen wir mehr Freiräume und hierfür flexiblere Instrumente. Ein entscheidendes Element hierfür kann ein Langzeitkonto sein. Für die Unternehmen

brauchen wir Bürokratieabbau und Vereinfachungen in der Durchführung, etwa bei Berichtspflichten. Damit schaffen wir einen großen Wurf für mehr Zeitsouveränität und Flexibilität und erleichtern die Umsetzung individueller Vorstellungen.

Beschäftigung von Asylbewerbern und/oder sonstigen nur befristet Aufenthaltsberechtigten. Planen Sie Sonderregelungen, damit noch nicht anerkannte Asylbewerber oder sonstige Ausländer mit befristeten Bleibeberechtigungen einfacher als bisher beschäftigt werden können?

Wir Freie Demokraten wollen für Zuwanderer und Flüchtlinge einen schnellen Zugang zum Arbeitsmarkt: Er ist ein Grundpfeiler für eine gelungene Integration und führt dem deutschen Arbeitsmarkt dringend benötigte Fachkräfte zu. Gerade jene Flüchtlinge, die über eine dauerhafte Bleibeperspektive verfügen, müssen diesen schnelleren Zugang zum Arbeitsmarkt erhalten. Arbeitsverbote und andere Markteintrittsbarrieren wie Vorrangsprüfungen für Deutsche sind daher aufzuheben. Außerdem wollen wir für Flüchtlinge eine Ausnahme vom gesetzlichen Mindestlohn, wie für Langzeitarbeitslose, einführen.

**1.2 Erbschaftssteuer. Soll es nach Ihrer Auffassung bei den Regelungen der im letzten Jahr beschlossenen Erbschaftssteuerreform verbleiben? [] JA [x] NEIN
Wenn nein, welche Änderungen planen Sie?**

Wir Freie Demokraten wollen, dass sich Sparen und Vermögensaufbau lohnen. Ein nachhaltiger Umgang mit Vermögen ist gut: für jeden einzelnen Bürger und jede einzelne Bürgerin, ihre Familien und die Gesellschaft. Die Weitergabe von erarbeitetem Eigentum und Vermögen und die Fortführung von Familienunternehmen darf durch steuerliche Regelungen nicht behindert werden. Deshalb lehnen wir eine Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine weitere Verschärfung der Erbschaftsteuer ab. So halten wir die Unternehmer in Deutschland und sichern die Arbeitsplätze hier bei uns. Bei Erbschaften zwischen Ehegatten oder eingetragenen Lebenspartnern wollen wir, dass zukünftig keine Erbschaftsteuer anfällt.

1.3. Überprüfung von bürokratischen Aufgaben. Die Betreiber von Tankstellen unterliegen einer Vielzahl von bürokratischen Auflagen für deren Erfüllung ein hoher Kosten- und Zeitaufwand notwendig ist. Welche Möglichkeiten sehen Sie für die Entlastung des Mittelstandes.

Wir Freie Demokraten haben das Leitbild für Deutschland als mittelständisch geprägte Wirtschaftsnation. Mittelständische Unternehmen, Handwerker und Freiberufler stellen die meisten Arbeits- und Ausbildungsplätze zur Verfügung und verdienen unsere Unterstützung. Daher stehen wir für ein Umdenken. Deren Flexibilität muss geschützt werden. Wir denken aus Sicht der praktischen Dienstleistungen. Entbürokratisierung ist ein zentrales Element unserer Mittelstandspolitik. Wir Freie Demokraten wollen unternehmerische Freiräume stärken und bürokratische Belastungen vermindern.

Wir Freie Demokraten wollen deshalb beispielsweise die Regeln auf dem Gebiet der Sozialversicherungspflichten vereinfachen und die Rücknahme der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge sowie eine Mittelstandsklausel bei der Gesetzgebung für den Bund. Demnach sollen alle Gesetze und Verordnungen bezüglich ihrer Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen geprüft werden.

Sollen gesetzliche Regeln bzgl. bürokratischer Auflagen z.B. in bestimmten Zeitabständen auf ihre Notwendigkeit hin überprüft werden?

Ja. Wir Freie Demokraten schlagen eine zeitliche Begrenzung von Gesetzen vor. Neue Regelungen sollen ein Ablaufdatum erhalten, damit überprüft werden kann, ob sie sich bewähren. Zudem treten wir für das „one in, two out“-Prinzip bei der Gesetzgebung ein. Demnach sollen neue Regelungen nur dann verabschiedet werden, wenn zugleich in doppeltem Umfang Folgekosten an anderer Stelle zurückgeführt werden.

2. Tankstellenbranche. 2.1. Umgang mit Bargeld/neue Regeln zur Führung einer Bargeldkasse (GoBD). Trotz einer fortschreitenden Abnahme von Bargeldgeschäften an Tankstellen haben die Nutzung und der Umgang mit Bargeld weiterhin eine erhebliche Bedeutung für die Betreiber von Tankstellen. Nicht zuletzt durch die neu eingeführten Regelungen zu den „Grundsätzen zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff GoBD)“ sind Tankstellenbetreibern weitere Aufgaben auferlegt worden. Viele Betreiber von Tankstellen sind nicht Eigentümer des an der Kasse genutzten Kassensystems. Das System wird vielmehr von der Mineralölgesellschaften zur Verfügung gestellt. Vertragspartner des Kassenherstellers ist damit die Mineralölgesellschaft. Trotzdem obliegt es dem Tankstellenbetreiber die ordnungsgemäße Dokumentation über Veränderungen des Kassensystems (z.B. Updates) sicherzustellen. Können Sie sich der Forderung anschließen, dass die Regeln für den Umgang mit durch Dritte zur Verfügung gestellten Kassensystem dahingehend abgeändert wird, dass die Dokumentationspflichten für das Kassensystem auf diese übertragen werden können?

Gesetze müssen umsetzbar sein. Wenn ein Unternehmer keinen Einfluss auf die genutzten Kassensysteme hat, kann er logischerweise auch keine Verantwortung für die Richtigkeit der Dokumentation der Kassenvorgänge übernehmen. Der Gesetzgeber sollte hier also in der Tat nachjustieren, um Betreibern von Tankstellen keine unerfüllbaren gesetzlichen Anforderungen aufzubürden. Stattdessen wären in diesem Fall die Eigentümer der Kassensysteme in die Pflicht zu nehmen, in der Regel die Mineralölkonzerne.

Halten Sie die Abschaffung von Bargeld mittel- oder langfristig für notwendig und wünschenswert?

Wir Freie Demokraten setzen uns für die uneingeschränkte Nutzung von Bargeld als Zahlungsmittel ein. Bargeld ist ein Teil unserer Freiheit. Es ermöglicht uns, zum

Beispiel ohne staatliche Kontrolle und Überwachung Geld aufzubewahren, Geschäfte ohne Bankgebühren abzuschließen und erfüllt eine wertvolle Aufgabe bei der Erziehung unserer Kinder. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte, dass durch ein Verbot oder die Einschränkung der Bargeldhaltung Terrorismus oder Kriminalität bekämpft werden könnten. Wir Freie Demokraten fordern daher den Erhalt des Bargelds.

2.2 Verkauf von Tabakwaren. Die Werbung für Tabakprodukte ist in den letzten Jahren stark eingeschränkt worden. Planen Sie weitere Einschränkungen für die Werbung und den Verkauf von Tabakwaren?

Wir Freie Demokraten sehen derzeit keine Notwendigkeit für weitere Einschränkungen.

Zurzeit ist umstritten, ob die Nutzung von sogenannten „Produktkarten“ (dabei handelt es sich um in einem Zigarettenverkaufsregal vor die zu verkaufenden Zigarettenpackung zu steckende Karten, auf der lediglich der Markenname sichtbar ist) zulässig ist. Die Produktkarten, die der Orientierung der Kunden und des Verkäufers dienen sollen verdecken in den Zigarettenregalen die auf den Packungen aufgedruckten „Schockbilder“. Halten Sie diese Beschränkung bei dem Verkauf von Tabakwaren für zulässig und notwendig?

Die Kennzeichnung von Tabakprodukten ist auf europäischer Ebene durch die Tabakrichtlinie bereits streng reguliert. Aus Sicht von uns Freien Demokraten sind darüber hinausgehende nationale Regelungen für den Verkauf von Tabakprodukten nicht erforderlich.

2.3 Alternative Energiearten. Die Automobilbranche befindet sich im Wandel. Antriebsarten wie der Dieselmotor stehen zurzeit in der Kritik. Alternative Kraftstoffe wie z.B. Gas sollen demnächst ihre steuerliche Förderung verlieren. Elektroautos sollen hingegen eine größere Verbreitung erlangen. Sieht Ihr Wahlprogramm Änderungen im Umgang mit den genannten Energiearten vor?

Die Automobilindustrie beschäftigt in Deutschland rund 800.000 Menschen, weitere 1.000.000 Arbeitnehmer arbeiten im unmittelbaren Umfeld bei Zulieferern und Dienstleistern. Der wirtschaftliche Erfolg Deutschlands hängt wesentlich vom Erfolg der deutschen Autobauer im internationalen Wettbewerb ab.

Der Einsatz neuer Antriebstechnologien muss marktgetrieben erfolgen, nicht durch staatliche Verbote. Ein Verbot oder Enddatum für Benzin- und Dieselfahrzeuge halten wir für sinn- und verantwortungslos. Denn es ist nicht erkennbar, wie die wirtschaftlichen, technischen und infrastrukturellen Rahmenbedingungen für einen Umstieg aussehen sollen. Wir Freie Demokraten wollen die Technologieoffenheit erhalten, die Deutschland zu Wohlstand gebracht hat, und schnell Voraussetzungen für technische Innovationen wie autonomes Fahren schaffen.

Der Diesel ist eine Antriebstechnologie, die einen großen Beitrag zur Reduktion von CO₂-Emissionen leistet. Fragen der Stickoxidbelastungen müssen geklärt werden.

Hier sehen wir die Konzerne in der Pflicht, die Abgas-Probleme zu lösen und die notwendigen technischen Nachrüstungen bei Diesel-Fahrzeugen schnell vorzunehmen sowie Filtertechnologien entsprechend weiterzuentwickeln. Allerdings ist auch festzustellen, dass seit 1990 die Stickoxidbelastungen in Deutschland nicht gestiegen sind, wie es angesichts der Debatte den Anschein macht, sondern um rund 2/3 zurückgegangen sind. Dazu hat der Verkehrssektor einen entscheidenden Beitrag geleistet. Wir wollen an dieser erfolgreichen Entwicklung festhalten, das heißt eine schrittweise, wirtschaftlich und technisch verünftige Reduktion von Emissionen.

Elektrofahrzeuge werden in Zukunft eine größere Rolle spielen. Welche technischen Konzepte sich hier aber durchsetzen, sollen die Kunden entscheiden, nicht die Politik, sondern der Wettbewerb.

Können Sie sich generelle Nutzungsverbote für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren vorstellen? [] JA [X] NEIN Wenn ja, welche? Wenn ja, nur für bestimmte Regionen oder bundesweit? Wenn ja: Beabsichtigen Sie eine weitere Plakette, wie beispielsweise die "blaue Plakette" einzuführen?

Wollen Sie bestimmte Antriebsarten beispielsweise durch steuerliche Anreize fördern?

Wir Freie Demokraten lehnen Forderungen aus der Politik nach Bevorzugung einer bestimmten Antriebsart ab. Statt auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bestimmte Technologien gegenüber anderen potenziell zukunftssträchtigen Antriebssystemen zu bevorzugen, so wie derzeit mit der Kaufprämie für Elektroautos, setzen wir auf Technologieoffenheit und Wahlfreiheit der Autofahrerinnen und Autofahrer. Innovationen und technologische Fortschritte lassen sich nicht staatlicherseits diktieren. Sie entstehen nur dann, wenn Forscher und Entwickler gute Rahmenbedingungen und technologieoffene Förderprogramme vorfinden.

Wie stehen Sie zu Subventionen von Schnellladestationen z.B. an Tankstellen?

Wir Freie Demokraten sprechen uns dafür aus, die für die Elektroauto-Kaufprämie angelegten Mittel besser in Infrastruktur, Forschung, Entwicklung und Anreize für den Ausbau von Versorgungsstellen für alternative Antriebssysteme zu investieren.

Wie stehen Sie zur Nutzung von Wasserstoff als Antriebsart? Können Sie sich die zusätzliche Förderung für Wasserstofftankstellen vorstellen?

Wir Freie Demokraten stehen für Technologieoffenheit und begrüßen daher die Forschung und Entwicklung alternativer Antriebssysteme. Innovationen und technologische Fortschritte lassen sich jedoch nicht staatlicherseits diktieren. Sie entstehen nur dann, wenn Forscher und Entwickler gute Rahmenbedingungen und technologieoffene Förderprogramme vorfinden. Dafür setzen wir uns ein.

Lassen Sie uns dazu auch nach der Bundestagswahl im Gespräch bleiben.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre

A handwritten signature in black ink that reads "Nicola Beer". The signature is fluid and cursive, with the first name "Nicola" and the last name "Beer" clearly distinguishable.

Nicola Beer MdL
Staatsministerin a.D.
Generalsekretärin der FDP

Freie Demokratische Partei
Hans-Dietrich-Genscher-Haus
Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin

T: 030 284958-269
programm@fdp.de
www.fdp.de